

TÜRKEI

Fundis in Uniform

Die Bewegung gegen die AKP dient weniger der Demokratie, sondern leistet einer autoritären Formierung von Staat und Gesellschaft Vorschub.

Es war ein symbolträchtiger Ort, an dem sich der Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan und der Generalstabschef Yasar Büyükanit am Freitagabend trafen: im Dolmabahçe-Palast am Bosphorus, der letzten Residenz der osmanischen Herrscher. Mitte des 19. Jahrhundert hatte der reformfreudige Sultan Abdülmecid diesen Herrschaftssitz errichten lassen, weil ihm der Topkapi-Palast zu unmodern geworden war, später verbrachte Republikgründer Mustafa Kemal Atatürk sein letztes Lebensjahr in einem bescheidenen Zimmer des Palastes.

Dieses Treffen war die erste Begegnung der beiden Männer seit dem denkwürdigen Freitag vor zwei Wochen; jenem Tag, der mit dem von der linkskemalistischen CHP boykottierten ersten Durchgang der Präsidentschaftswahlen begonnen und spät abends mit einer auf der Homepage des Generalstabes verbreiteten Putschdrohung geendet hatte.

Zuletzt hatten sich Erdogan und Büyükanit am 23. April getroffen, dem Unabhängigkeitstag, der als "Tag des Kindes" gefeiert wird. Einem Bericht der linksliberalen Tageszeitung "Radikal" zufolge soll der Ministerpräsident am Rande eines Empfangs beim amtierenden Präsidenten Ahmet Necdet Sezer dem General mitgeteilt haben, dass er auf seine Kandidatur zugunsten des Außenministers Abdullah Gül ver-

zichten werde, was er am folgenden Tag auch bekannt gab. Ob der Generalstabschef sein Missfallen äußerte, ist nicht bekannt, aber es ist gut möglich, dass er es nicht tat.

Denn auf eine Gelegenheit, sich als Bewahrer des Laizismus aufzuspielen und sich der verhassten Regierung zu entledigen, hatten die Generäle schon lange gewartet. Eigentlich ein durchschaubares Spiel, doch fast die gesamte türkische Öffentlichkeit begrüßte die Einmischung der Armee und feierte diese als stärkste Kraft einer sich um den Laizismus sorgenden modernen Türkei, und selbst ausländische Medien stimmten in diese Lobhudeleien mit ein.

Immerhin schienen die Bilder von weit über einer Million Türken und vor allem Türkinnen, die am 17. April in Ankara und zwei Wochen darauf in Istanbul demonstrierten, diese Sicht zu bestätigen. Zuvor hatten die großen Fernsehsender immer wieder Hayrunisa Gül gezeigt, die kopftuchtragende Ehefrau des Außenministers, die den Gegnern der AKP zum Symbol von Rückständigkeit schlechthin geworden ist. Diese Verdummbeutlung blieb nicht wirkungslos, sogar der ansonsten recht objektiv berichtende türkische Nachrichtensender NTV beugte sich den Militärs und sendete wieder und wieder Aufnahmen von Kopftuchmädchen, die am republikanischen "Tag des Kindes" ir-

gendwo in der Provinz religiöse Lieder sangen – ein vermeintlicher Beweis für die drohende Abkehr von den Prinzipien Atatürks.

Dass dessen Ehefrau Latife bei Reisen in Anatolien häufig zum schicken Reitanzug ein kleidsames Kopftuch trug und darin Hayrunnisa Gül nicht unähnlich war, schert die sich auf Atatürk berufenden Gegner der AKP herzlich wenig. Ebenso wenig scheint sie zu interessieren, dass die Liberalisierung des rigorosen Kopftuchverbots zu den Forderungen der EU gehört, und dass in keinem Land der EU Frauen der Besuch einer Universität verwehrt wird, weil sie ein Kopftuch tragen.

Durchschaubares Spiel der Armee

Wie aber ist es um manche dieser "modernen Frauen" bestellt? Zwar wäre es nicht statthaft, alle Demonstrierenden über einen Kamm zu scheren, aber ein genauer Blick zeigt, dass die Annahme, bei ihnen handele sich um die aufgeklärtesten und demokratischsten Teile der Gesellschaft, zu voreilig sein könnte. Darauf deuten nicht nur die offen nationalistischen, die AKP als "Handlanger des Imperialismus" diffamierenden Parolen, die mindestens ebenso stark zu hören waren wie jene Sprechchöre, die sich sowohl gegen die Sharia als auch gegen einen Putsch aussprachen.

Befremdlich waren auch die Schmährufe gegen armeekritische Medien oder jene Szenen von der Demonstration in Ankara, die der Journalist Halit Karli in der linken Wochenzeitschrift Express beschreibt: Kurz vor dem

Mausoleum Atatürks, dem Ziel der Demonstration, beginnen nicht wenige dieser "modernen Frauen" hysterisch "Atam", "mein Vater", zu kreischen, was Karli an die Umrundung der Kabaa während der Pilgerfahrt in Mekka erinnert. Dieser Vergleich ist keineswegs nur polemisch, tatsächlich gerinnt der Kemalismus mehr und mehr zu einer autoritären und irrationalen Staatsreligion, die von skrupellosen Generälen instrumentalisiert wird.

Und die spielen auch im zivilen Teil der Opposition gegen die AKP eine zentrale Rolle. So war der "Verein zur Bewahrung des Gedankengutes von Atatürk", in dem viele pensionierte Offiziere mitmischen, an der Organisation dieser Aufmärsche maßgeblich beteiligt. Der Vereinsvorsitzende Özden Örnek, ein ehemaliger Admiral, geriet im März ins öffentliche Interesse, als das liberale Nachrichtenmagazin NOKTA seine mutmaßlichen Tagebücher veröffentlichte. Demnach soll er im Jahr 2004 einen Putsch geplant haben, just zu dem Augenblick, als das Parlament über eine Reihe von Reformen beriet, die die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der EU ermöglichen sollten. NOKTA zufolge scheiterten die Putschpläne, weil sie nicht von der gesamten Armeeführung getragen wurden. Nach der Veröffentlichung eines geheimen Dokuments der Militärführung, einer namentlichen Auflistung von armeekritischen und -freundlichen Journalisten, und einer darauf folgenden Durchsichtung der Redaktion hat der Eigentümer beschlossen, nach 25 Jahren das Erscheinen der Zeitschrift

einzustellen. Die Chefredaktion muss sich vor Gericht dafür verantworten, das "Volk gegen die Streitkräfte aufgeiegelt" zu haben.

Die gleiche Klage hat Erdogan am Hals, weil er die Online-Erklärung der Streitkräfte als "Pistolenschuss auf die Demokratie" bezeichnet hatte. Zuvor hatte das Verfassungsgericht einer Klage des Oppositionsführers Deniz Baykal stattgegeben und mit einer tollkühnen Interpretation der Verfassung den ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen für nichtig erklärt. Gül wiederum hat Anzeige gegen Baykal erstattet, weil dieser vor der Entscheidung des Gerichts eine Stunde lang im Fernsehen verkünden durfte, dass es zu einem Krieg kommen werde, falls die Richter die Wahlen nicht annullieren sollten.

Abdullah Gül war der Kompromissvorschlag der AKP. Gemeinsam mit Erdogan hatte er den langjährigen Islamistenführer Necmettin Erbakan entthront, die AKP gegründet und sich daran gemacht, den politischen Islam zu demokratisieren. Er ist ein überzeugter Befürworter eines EU-Beitritts und der einzige in der Partei, der Erdogan öffentlich widerspricht. Dass Gül am Sonntag, nach dem zweiten Durchgang, dem weitere, aber kleinere Kundgebungen im ganzen Land vorausgegangen waren, seine Kandidatur endgültig zurückgezogen hat – er also nicht wie einst Sezer im dritten Wahlgang mit der einfachen Stimmenmehrheit gewählt werden wird –, verheißt nichts Gutes für die Zukunft der türkischen Demokratie.

Sabine Küper-Büsch

Sabine Küper-Büsch arbeitet als freie Journalistin und lebt in Istanbul.

INTERVIEW

"Das war ein Putsch"

Murat Belge ist der wohl bekannteste linke Intellektuelle der Türkei.

Belge lehrt Vergleichende Literaturwissenschaft an der privaten Bilgi-Universität in Istanbul und schreibt Kolumnen für die linksliberale Tageszeitung Radikal. Das von der woxx leicht gekürzte Interview mit ihm führte Deniz Yücel, Redakteur der Berliner Wochenzeitung "Jungle World".

Was geht in der Türkei voran? Ein Putsch mit ziviler Unterstützung oder ein demokratischer Protest, der die Unterstützung des Militärs genießt?

Murat Belge: Die Wahrheit liegt dazwischen. Wenn ich mich jedoch entscheiden müsste, würde ich sagen: Das war ein Putsch.

Die Demonstranten befürchten, dass ein Staatspräsident aus den Reihen der AKP zu einer Machtkonzentration führen würde, welche die AKP dazu nutzen könnte, die laizistische Ordnung durch eine islamische zu ersetzen. Teilen Sie diese Sorgen?

Allein deshalb, weil es in der AKP, auch in ihrer Füh-

rung, noch immer Kräfte gibt, die sich die Sharia herbeisehen, ist es begrüßenswert, dass sich so viele Menschen gegen eine Islamisierung aussprechen. Allerdings sehe ich eine solche Gefahr nicht gegeben. Die AKP regiert seit fünf Jahren, und in dieser Zeit hat sie nicht das Geringste unternommen, aus dem man schließen könnte, sie arbeite an der Einführung der Sharia. Ich glaube auch nicht, dass dies in der Türkei möglich ist.

Was macht Sie so sicher?

Große Teile der türkischen Gesellschaft haben über Jahrzehnte hinweg einen Lebensstil entwickelt, der mit solchen Vorstellungen nicht zu vereinbaren ist. Für die ländlichen Gegenden, woher der politische Islam in der Türkei ursprünglich stammt, gilt das zwar nur mit Abstrichen, aber über die Gesetze des Landes wird nicht in der Provinz entschieden, sondern in den Großstädten. Und der dortigen Anhängerschaft der AKP geht es vor allem um soziale, politische und kulturelle Teilhabe.

Das vielleicht das wichtigste Projekt der AKP-Führung, über die Grenzen der

Türkei hinaus von Bedeutung, zielte darauf ab, den Islam mit der Demokratie zu versöhnen. War sie damit erfolgreich?

Es gibt keinen Punkt, an dem man sagen könnte: Ja, wohl, jetzt ist es geschafft! Und in der Politik der AKP gibt es nach wie vor zahlreiche Dinge, die aus demokratischer Sicht mangelhaft und kritikwürdig sind. Aber wenn man sich vergegenwärtigt, wie die Türkei vor fünf Jahren aussah und woher diese Partei stammt, kommt man nicht umhin festzustellen, dass große Schritte gemacht wurden. Das könnte anderen islamischen Ländern ein Beispiel geben. In einer solchen Situation sehe ich keinen Sinn darin, in ein Geschrei auszuweichen, dass die Sharia vor der Tür stehe – es sei denn, man macht dies aus machtpolitischen Kalkül.

Obwohl die AKP über ein großes Wählerpotenzial verfügt, hat sie es unterlassen, mit Gegenprotesten zu reagieren. Woran könnte das liegen?

Wohlwollend könnte man sagen, dass die AKP sich verantwortungsvoll verhält

und auf die Wahlen vertraut. Weniger wohlwollend könnte man sagen, dass dieses Verhalten die Folge einer nüchternen Abwägung der Kräfteverhältnisse ist und sie Angst hat, bei einer solchen Konfrontation zu unterliegen. Dies scheint mir wahrscheinlicher. Allerdings könnte sich diese Strategie ändern, falls es nach den Neuwahlen zu offenen putschistischen Aktionen kommen sollte.

Haben die Demonstranten von Istanbul und Ankara jenseits der Sorge um den Laizismus weitere Gründe?

Man muss zwischen den Organisatoren und der Mehrheit der Teilnehmer unterscheiden. Natürlich waren auch bestimmte radikale, aber marginale Kreise beteiligt, nationalistische Europa-Feinde, deren eigentliches Ziel darin besteht, die Türkei von Europa loszulösen. Ohne sie hätte es keine Kundgebung gegeben. Hinter der Ablehnung der EU wiederum steckt der Wunsch, den Charakter des türkischen Staats als Militärdemokratie zu wahren. Aber es wäre falsch zu glauben, dass alle Demonstranten diese Ziele teilen. Die meisten, vor allem die auffällig vielen Frauen unter ihnen, dürften aus Sorge um den Laizismus demonstriert haben.

Entweder heißt es, hier steht die konservative, mehr oder minder religiöse Regierung, dort die aufgeklärten und säkularen Kräfte. Oder es heißt, hier steht eine um demokratische Reformen bemühte Regierung, dort marschiert der Nationalismus. Welche dieser Deutungen ist zutreffend?

Die Wahrheit ist oft komplexer als die Begriffe, mit denen wir sie zu begreifen versuchen. Einerseits können wir diese Massen nicht durchweg als nationalistisch abtun, obwohl diese Kundgebungen erst auf der Grundlage einer nationalistischen Stimmung stattfinden konnten. Andererseits denke ich, dass sich Erdogan und Gül zwar ernsthaft um Reformen und um die Annäherung an Europa bemühen, dass aber längst nicht jeder ihrer Parteigänger begriffen hat, was eine Mitgliedschaft in der EU erfordern würde. Zu den Paradoxien der türkischen Gesellschaft gehört es, dass wir auf der einen Seite eine Partei haben, die große, man möchte fast sagen: revolutionäre Veränderungen in die Wege geleitet hat, und auf der anderen Seite Leute, die sich selbst als "links" und "fortschrittlich" bezeichnen, die aber gegen diesen Prozess revoltieren und gemeinsame Sache mit den Faschisten ma-

chen. Die AKP hat Aufgaben übernommen, die eigentlich Sache der Linken wären – wenn es denn eine Linke gäbe, die diesen Namen verdienen würde.

Hat der Konflikt eine soziale Grundlage?

Man sollte sich davor hüten, zwischen Klassen und Ideologien schematische Beziehungen herzustellen. Gleichwohl vertritt die AKP vor allem die ländliche, kleinstädtische Bevölkerung und die Armen, die an den Rändern der Großstädte leben. In diesem Milieu ist sie, nicht zuletzt dank ihres karitativen, aus islamisch-korporatistischen Motiven resultierenden Engagements, an der Basis organisiert; sie ist eine grassroots-Bewegung.

Ihr Gegenüber bildet vor allem das kemalistische Establishment: das Militär, die Bürokratie, die als sozialdemokratisch geltende CHP usw. Wenn die Abdullah Gül zurufen: "Deine Frau trägt ein Kopftuch, die Frau eines Staatspräsidenten kann kein Kopftuch tragen", meinen sie damit auch: "Was hast du Dahergelaufener in diesem Amt zu suchen?" Das wiederum heißt: "Dieses Amt, dieser Staat gehören uns."